

Deutsche Geschichte, europäische Zukunft?
Vom Wert einer umstrittenen Vergangenheit
für die außeruniversitäre Forschung nach 1949 und 1989



Tagung im Leibniz-Forschungsverbund »Wert der Vergangenheit«

Joachim Berger und Gregor Feindt (Leibniz-Institut für Europäische Geschichte) mit
Marcus Otto und Steffen Sammler (Leibniz-Institut für Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut)
2. bis 4. April 2025 | Mainz

Tagungskonzept

Forschungseinrichtungen, die außerhalb der Universitäten staatlich finanziert werden sollen, bedürfen eines spezifischen Forschungsauftrags, der sich über wissenschaftsimmanente Argumente hinaus mit einem gesellschaftspolitischen Bedarf begründen lässt. Solche Begründungen lagen nach 1945 für die zuvor im Nationalsozialismus vereinnahmten Wissenschaften nahe. Die Geschichtswissenschaft nahm die – von der Bildungspolitik und den Besatzungsmächten gestellte – Aufgabe an, sich auf einer erneuerten Wertebasis umzuorientieren und neu auszurichten. Dies geschah durchaus mit strategischem Kalkül. Denn das Ziel, ein neues, von nationalistischen Deutungen »gereinigtes« und tentativ auf (West-) Europa ausgerichtetes Geschichtsbild zu schaffen und gesellschaftlich zu verankern, erhielt in der jungen Bundesrepublik Deutschland einen besonderen Legitimationswert, um historische Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten neu zu gründen und instituitionall absichern zu können – so umstritten die Konturen dieses neuen Geschichtsbilds in der »Zunft« waren, und so begrenzt die propagierte Revision in der Forschungspraxis blieb. Solche »revisionistischen« Ansprüche konnten nach 1989/1990 unter gänzlich anderen Vorzeichen mit der Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft und deren Institutionen neuerlich aktiviert werden. Die geplante Tagung soll vergleichend herausarbeiten, wie die legitimatorische Inanspruchnahme der notwendigen Auseinandersetzung mit der belastenden Vergangenheit des eigenen Landes zu einer zentralen Ressource für die Institutionalisierung und den Ausbau außeruniversitärer historischer Forschung in der frühen Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland nach 1990 wurde.

Ausgangs- und Fluchtpunkt für die außeruniversitären Institutionalisierung historischer Forschung war die unmittelbare deutsche Vergangenheit: die Zerstörung Europas durch das nationalsozialistische Deutschland und der Zusammenbruch des »real existierenden« Staatssozialismus der DDR. Diese negativen Geschichtserfahrungen konnten nach 1949 wie auch nach 1989/1990 einerseits die Gründung von Einrichtungen legitimieren, die explizit die Ursachen dieser antidemokratischen Entwicklungen sowie den damit einhergehenden politischen und gesellschaftlichen Verwerfungen in der deutschen Vergangenheit erforschen und damit zur Herausbildung einer geschichtsbewussten demokratischen Gesellschaft beitragen sollten. Um außeruniversitäre Forschungsinstitute einzurichten, ließ sich andererseits, nach beiden Zäsuren, in bestimmten Konstellationen auch mit der Verheißung argumentieren, nationale Engführungen und Vorurteile durch eine Orientierung auf »Europa« überwinden zu können: »Fort aus der deutschen und hinein in die europäische Geschichte!« (Peter Rassow, 1946). Schließlich forderten die (Um-)Brüche von 1945/1949 und 1989/1990 auch bereits bestehende Institutionen in West- (und nach 1990 auch in Ost-) Deutschland heraus, den Legitimationswert ihres historischen Gründungsauftrags zwischen Deutschland und Europa neu zu bestimmen.

Die Tagung soll diese Gründungs- und Neuorientierungsnarrative zwischen Krisendiagnosen und Zukunftshoffnungen erstmals systematisch anhand gemeinsamer Untersuchungsparameter vermessen. Sie bündeln sich in vier **Leitfragen**.

Erstens sollen die treibenden *Akteure in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik* – bei den Besatzungsmächten, in den (Bundes-)Ländern und (nach 1989/1990) im Bund wie auch in den Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen – identifiziert sowie das Zusammenspiel ihrer (impliziten) Motivationen und (expliziten) Legitimationsformeln verglichen werden, mit denen sie die Neugründungen (und Umorientierungen) durchsetzten. Wie lassen sich bei der Gründung und finanziellen Absicherung dieser Einrichtungen offiziöse legitimatorische Begründungen gegenüber wissenschaftspolitischer Netzwerkarbeit sowie landes-, bundes- oder europapolitischen Interessen gewichten? Wer führte überhaupt welche Argumente in welchen Kontexten an?

Zweitens ist zu fragen, welche auf Gemeinschaftsbildung abzielenden *Wertesysteme* die neuen Institutionen gemäß den vielschichtigen Interessen der Akteure propagieren und stabilisieren sollten, und welchen *gesellschaftspolitischen Zielen* die angestrebte Neu- und Umorientierung dienen sollte. Dabei ist zu beachten, mit welchen normativen historischen Prozesskategorien – wie Wiederannäherung, Aus- und Versöhnung, Überbrückung und Überwindung von Differenzen sowie (nationale oder europäische) Integration – diese Ziele unterstellt wurden. Beispielsweise sollte das spätere Institut für Zeitgeschichte aus Sicht des Süddeutschen Länderrats an der »staatspolitischen Umerziehung des [deutschen] Volkes« im Dienst der »neuen Demokratie« mitwirken; hingegen wollte das Institut für Europäische Geschichte, so sein Gründungsdirektor Fritz Kern, »mit wissenschaftlichen Mitteln zur Ueberbrückung nationalistischer Vorurteile und zur Schaffung einer echten europäischen Lebensgemeinschaft« beitragen.

Drittens interessieren die *Verfahren und Instrumente* außeruniversitärer Forschung, durch die diese Einrichtungen »ihre« (deutsche oder europäische) Vergangenheit untersuchen und zukunftsbezogen gestalten sollten – seien es wissenschaftliche Editionen, arbeitsteilige Synthesen, Stipendienprogramme zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses oder die »Entgiftung« von Schulbüchern und die Zusammenarbeit in internationalen Kommissionen.

Schließlich soll *viertens* vergleichend analysiert werden, wie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen ihren »*geschichtspolitischen Gründungsauftrag* in der Praxis umsetzen, wie sie mit politischen Erwartungen ihrer Zuwendungsgeber umgingen, und wie sie wissenschaftlich auf die global-europäischen Konjunkturen in den 1950er- und den 1990er-Jahren reagierten. Dabei sollen die beiden Umbrüche verglichen werden, um so die spezifischen Konstellationen der Nachkriegs- und der Nachwendezeit genauer zu bestimmen.

Um die zentralen Leitfragen zu beantworten, soll die Tagung zum einen Referate zu Forschungseinrichtungen zusammenführen, die in der formativen Phase der Bundesrepublik gegründet wurden – neben dem Institut für Zeitgeschichte in München, dem Herder-Institut in Marburg, dem Institut für Europäische Geschichte in Mainz und dem Internationalen Institut für Schulbuchverbesserung in Braunschweig sind auch das Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen und das Deutsche Historische Institut Paris mit ihren Vorlaufphasen einzubeziehen. Für diese Institute gilt es dann sodann die Neu- und Umorientierungen in den 1990er-Jahren zu verfolgen.

Diese korrespondierten zum anderen mit Neugründungen historisch-geisteswissenschaftlicher Forschungszentren nach 1989/1990 in den neuen Bundesländern, die teilweise thematisch verwandte Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR ablösen sollten: das sich ursprünglich auf die DDR-Geschichte konzentrierende Zentrum für Zeithistorische Forschung, das ebenfalls in Potsdam angesiedelte Forschungszentrum Europäische Aufklärung und das Deutsche Historische Institut Warschau sowie das Dubnow-Institut und das jetzige Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa, beide in Leipzig.

Um das Untersuchungsfeld durch kontrastive Vergleiche zu schärfen, wird angestrebt, Expertise zu zwei weiteren geisteswissenschaftlichen Einrichtungen heranzuziehen, die ihre Institutionengeschichte derzeit in eigenen Projekten erforschen lassen: das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim, dessen Gründung 1964 auf Kontinuitäten zu einer politisierten Sprachforschung im Nationalsozialismus untersucht wird, und das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg, bei dem zu fragen ist, wie dort nach 1945 und 1990 das »Germanische« repräsentiert und ggf. »europäisch« gerahmt werden sollte.

Insgesamt will die Tagung so dazu beitragen, die Narrative und Modi historischer Selbstverortung in der Bundesrepublik und im vereinigten Deutschland am Beispiel der außeruniversitären Forschung schärfer zu fassen.

Die Tagung im Leibniz-Forschungsverbund »Wert der Vergangenheit«:

Die Tagung untersucht den Legitimationswert von Vergangenheit für wissenschaftliche Institutionalisierungen. Sie will erstmals vergleichend herausarbeiten, wie die legitimatorische Inanspruchnahme der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit zu einer zentralen Ressource für die außeruniversitäre historische Forschung in der Bundesrepublik nach 1949 und im vereinigten Deutschland nach 1990 wurde. Die Tagung beleuchtet somit den Legitimationswert von Vergangenheit und einer kritischen Auseinandersetzung mit ihr für Einrichtungen, die heute den Leibniz-Forschungsverbund »Wert der Vergangenheit« mit tragen. Sie will damit sowohl eine Art Meta-Reflexion der epistemischen Grundlagen der historisch arbeitenden Leibniz-Institute ermöglichen als auch einen komparativen Rahmen für die Erforschung der einzelnen Institutsgeschichten anbieten. Behandelt werden sollen an der Tagung die Legitimationsformeln der zentralen Akteure, die von ihnen in Anschlag gebrachten Wertesysteme und gesellschaftspolitischen Ziele, die hierfür entwickelten Verfahren und Instrumente außeruniversitärer Forschung sowie die Spannung zwischen geschichtspolitischen Gründungsaufträgen und wissenschaftlicher Praxis. Die außeruniversitäre Inwertsetzung von Vergangenheit oszillierte vielfach, so die Hypothese, zwischen der »Aufarbeitung« der jüngeren *deutschen* Vergangenheit und einer Neuausrichtung nationaler Geschichtsbilder in einer *europäischen* Perspektive.